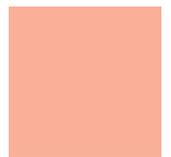


Mitarbeiterinnen- Und Mitarbeiter-Magazin
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Ohne uns geht's nicht!

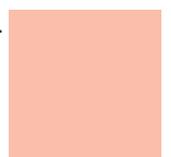


Gute Arbeit, gute Leute, gutes Geld

Seite 3

100 Luftballons von Auszubildenden

Seite 10/11





Ihr oder Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Die MUMM-Redaktion lernt nicht aus. Daher waren wir bei einer Schulung. Wir haben viele schöne Tipps erhalten. Auch, dass es nicht mehr zeitgemäß ist, euch mit IHR anzusprechen. Eine klitzekleine Umfrage unter Bekannten ergab: Das SIE ist gefragt. Stimmt das? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir würden uns über Ihre Rückmeldung unter MUMM@gpr.bremen.de freuen: Ihr oder Sie?

Ohne uns geht es nicht! Wir Beschäftigten im öffentlichen Dienst sorgen dafür, dass unser Gemeinwesen weiterentwickelt und die Sozial- und Rechtsstaatlichkeit gesichert wird. Wir sorgen für ein attraktives Bremen. Wie nehmen wir uns selbst innerhalb des öffentlichen Dienstes wahr? Zwölf Kolleginnen und Kollegen aus dem bremischen öffentlichen Dienst äußern sich. Im Vorfeld der Tarif- und Besoldungsrunde und der anstehenden Haushaltsberatungen machen die Kolleginnen und Kollegen selbstbewusst deutlich: „Ohne uns geht's nicht!“

Eines ist sicher: Wir sind kein Kostenfaktor! Durch UmFAIRteilen können die erforderlichen Einnahmen für eine ausreichende Finanzierung unserer Arbeit abgesichert werden.

Viel Spaß beim Lesen dieser MUMM!

Herzliche Grüße Doris Hülsmeier

Inhalt

MUMM

(28.02.2013)

Herausgeber:

Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen
Knochenhauerstr. 20/25,
28195 Bremen

Presserechtl. verantwortlich:

Doris Hülsmeier,
Vorsitzende des Gesamtpersonalrats

Redaktionsteam:

Saskia Coenraats
Harry Eisenach
Elke Kosmal-Vöge
Hajo Kuckero
Bernd Krause
Burckhard Radtke
Brigitte Schüller
Burkhard Winsemann
Nicoletta Witt

Kontakt:

Telefon: 361-2215
Telefax: 496-2215
E-Mail: mumm@gpr.bremen.de

Fotos:

privat, die Redaktion, freie ClipArts von Microsoft

Druck:

Druckerei Senatorin für Finanzen

Die nächste Ausgabe von **MUMM** erscheint voraussichtlich im August 2013
Redaktionsschluss ist der 1. Juli 2013

Gute Arbeit, gute Leute, gutes Geld..... 3

Anschluss halten 4

Besitzstand bei Freier Heilfürsorge..... 4

Personalkarussell..... 5

Aufgeben? - Niemals! 6

Was macht eigentlich ein Ortsamt? 7

„Ohne die geht's nicht!“ 8

100 Luftballons auf ihrem Weg zum Horizont..... 10

Azubis wollen Geld und Zukunft..... 11

Lernen gesund zu bleiben 11

Wir alle können mal krank werden..... 12

Rentenkürzungen - sozial gerecht? 12

Rest-Cent-Aktion feierte Geburtstag 13

SozialpädagogInnen bauen Brücken 14

Schulsozialarbeit in Bremen - was geht mich das an?. 15

Leserbrief 15

mobile connection 16

Gute Arbeit, gute Leute, gutes Geld

Tarif- und Besoldungsrunde der Länder 2013 hat begonnen

Zeit zum Aufholen - die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Gewerkschaft der Polizei (GdP) sowie dbb beamtenbund und tarifunion befinden sich mitten in der Tarif- und Besoldungsrunde der Länder. Ihre Mitglieder bereiten sich vor auf Warnstreiks und Protestaktionen. „Kein Geld wegen Schuldenbremse“, sagt die Arbeitgeberseite. Die Gewerkschaften sagen: „Wir sind es wert. Für einen zukunftsfähigen attraktiven öffentlichen Dienst dürfen die Beschäftigten der Länder nicht abgekoppelt werden.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 31. Januar 2013 hat in Berlin der Auftaktermin der Tarif- und Besoldungsrunde 2013 für die Beschäftigten der Länder stattgefunden. Der Verhandlungsführer der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske, hat dabei gegenüber der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) die Forderungen begründet. Die vier wesentlichen sind:

1. Erhöhung der Tabellenentgelte um 6,5 Prozent

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erbringen für unsere Gesellschaft notwendige, qualifizierte und hochwertige Dienstleistungen. Sie erwarten daher auch eine dem gesellschaftlichen Wert ihrer Leistungen entsprechende Bezahlung. Dem entgegen ist die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst der Länder in den letzten Jahren deutlich hinter der in der privaten Wirtschaft zurückgeblieben. Auch gegenüber den Einkommen beim Bund und den Kommunen besteht ein Nachholbedarf: Seit Januar 2013 in Höhe von 2,25 Prozent und ab August 2013 in Höhe von 3,6 Prozent. Gleichzeitig sind die Steuereinnahmen der Länder im Nachlauf zu der guten Konjunktorentwicklung auf ein Rekordhoch gestiegen. Nach seiner Sitzung von Ende Oktober 2012 sagt der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ für die Jahre 2012 bis 2014 ein Steuerplus der Länder von insgesamt 12,2 Prozent, allein im Jahr 2012 von 5,6 Prozent, voraus. Auch sind vor dem Hintergrund der unsicheren

Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum Lohnerhöhungen zur Stützung der Binnennachfrage in Deutschland dringend erforderlich.

2. Wir wollen einen klaren Akzent zugunsten der jungen Menschen setzen

Die Ausbildungs- und Praktikantentgelte sollen überproportional um 100 Euro monatlich angehoben werden. Und die Auszubildenden müssen eine berufliche Perspektive erhalten: Es soll eine verbindliche Regelung zur Übernahme nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung tarifiert werden, zumindest dort, wo bedarfsgerecht ausgebildet wird.

3. „Hände weg vom Urlaub!“

Die Beschäftigten im Länderbereich brauchen ihren Urlaub - und zwar am besten 30 Arbeitstage. Eine Verschlechterung des Urlaubsanspruchs nach der Kündigung der tariflichen Urlaubsbestimmungen durch die TdL lehnen wir jedenfalls mit aller Entschiedenheit ab.

4. Beendigung des vordemokratischen Zustands bei der Lehrkräfteingruppierung

Es ist nicht länger vermittelbar, dass in Deutschland die Eingruppierung von 200.000 Lehrkräften im Arbeitnehmerverhältnis nicht tariflich geregelt ist, während politisch die Tarifautonomie hochgehalten wird. Für die Arbeitgeberseite mag es bequem und billiger sein, die Eingruppierung angestellter Lehrkräfte einseitig, nach Gutsherrenart vornehmen

zu können. Länger hinnehmbar ist dieses Relikt aus vordemokratischen Zeiten für uns nicht! Wir fordern deshalb, die Eingruppierung der Lehrkräfte zukünftig endlich tarifvertraglich zu regeln.

Ein Angebot hat der Vorstand der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, darunter die Bremer Finanzsenatorin Karoline Linnert, nicht unterbreitet. Sachsen-Anhalts Finanzminister und TdL-Vorsitzender Jens Bullerjahn bestreitet unsere Ausführungen nicht, verwies aber auf die verfassungsrechtliche Schuldenbremse, die die Länder verpflichte, bis 2020 ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Die Länder seien durch die Personalausgaben prozentual stärker belastet als der Bund oder die Kommunen. Auch bräuchten sie Planbarkeit und deshalb eine längere Laufzeit eines Abschlusses als zwölf Monate. Die fehlende Verhandlungsbereitschaft erklärte der Vorstand der TdL damit, dass ein Angebot „in der ersten Verhandlungsrunde sowieso in der Luft zerrissen“ würde. Klar müsse sein, dass je höher der Abschluss, desto mehr Personal abgebaut werden müsse und desto weniger er auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden könne.

Für uns ist dagegen klar: Ohne eine Mobilisierung der Beschäftigten werden wir unsere Ziele nicht erreichen können!

Zu den weiteren Gewerkschaftsforderungen, darunter die Einschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse sowie die Erhöhung und Dynamisierung der Feuerwehruzulage, wollte sich die TdL noch nicht inhaltlich äußern.

Vereinbarungsgemäß sollen die Tarifverhandlungen am 14./15. Februar und am 7./8. März 2013 in Potsdam fortgesetzt werden. Wir haben die Arbeitgeber aufgefordert, im Februar konkrete und verhandlungsfähige Angebote zu allen Forderungspunkten vorzulegen. Geschieht dies nicht, werden die Beschäftigten ihren berechtigten Forderungen durch

Warnstreiks Nachdruck verleihen müssen. Hierzu wird ver.di alle Beschäftigten beim Land und der Stadtgemeinde Bremen aufrufen, die nach früherem Recht als Angestellte galten und nicht in einem kommunalen Eigenbetrieb beschäftigt sind.

Mit kollegialen Grüßen



Onno Dannenberg, Bereichsleiter Tarifpolitik öffentlicher Dienst ver.di-Bundesverwaltung

Warnstreiks und Aktionen sind in Vorbereitung:

20.02.2013 um 12.00 Uhr in Bremen, Bahnhofsvorplatz/Investorengrundstück

05.03.2013 in Hannover

Informationen zu den Aktionen und Anreismöglichkeiten erfahren Sie/erhaltet ihr bei den Gewerkschaften.

Anschluss halten

Auf geht's für eine bessere Besoldung

Auch für die Beamtinnen und Beamten haben sich die Lebenshaltungskosten erhöht. Die Einkommen aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben sich im letzten Jahrzehnt im Branchenvergleich unterdurchschnittlich entwickelt. Daher muss es zu einer deutlichen Anhebung der Besoldung kommen. Seitdem die Bundesländer die Besoldung, Versorgung und das Laufbahnrecht eigenständig regeln, gibt es inzwischen 17 verschiedene Vorschriften - und damit auch unterschiedliche Einkommen der Beamtinnen und Beamten. Deshalb steht jetzt nicht mehr allein eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses im Vordergrund, sondern auch ein Aufholen der abgehängten Beamtinnen und Beamten in den Ländern. Sollte der Tarifabschluss Vereinbarungen enthalten, von denen der Beamtenbereich nicht betroffen ist, erwarten wir eine Umsetzung

des Gesamtvolumens des Tarifabschlusses. Die Gewerkschaften werden schon während der laufenden Tarifverhandlungen Gespräche mit den Landesregierungen zu einer Übertragung eines Tarifergebnisses für den Beamtenbereich führen. Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben bereits angekündigt, dass sie die Ergebnisse der Tarifverhandlungen nicht auf ihre Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Für Bremen gibt es noch keine Aussagen. Zurückblickend auf die letzten Tarif- und Besoldungsrunden besteht eine große Gefahr, dass erneut bremische Beamtinnen und Beamte schlechter gestellt werden sollen. Dem müssen wir vorbeugen.

Für Beamtinnen und Beamten hat ein guter Tarifabschluss eine große Bedeutung. Er bildet eine wesentliche Grundlage für die anschließenden Verfahren zur Besoldungsrunde. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass

die Beamtinnen und Beamten während der Tarifrunde aktiv in Erscheinung treten. Z. B. kann durch aktive Pausen deutlich gemacht werden, dass es um ein gemeinsames Interesse geht und es nicht gelungen ist, Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte auseinanderzudividieren. Das Tarifergebnis muss wirkungsgleich und ohne Zeitverlust auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden.



Arno Dick,
Beamtensekretär
beim
ver.di-Landesbezirk
Niedersachsen-Bremen



Harry
Eisenach,
Sprecher der
Gewerkschaft
Erziehung und
Wissenschaft



Horst
Göbel,
Landesvorsitzender
der Gewerkschaft
der Polizei

Besitzstand bei Freier Heilfürsorge

Gemeinsames Handeln lohnt sich

Dass gemeinsames Handeln bzw. gewerkschaftliches Handeln unmittelbar zum Erfolg führt haben die Beschäftigten der Berufsfeuerwehr Bremen im letzten Jahr eindrucksvoll bewiesen.

Im September des letzten Jahres sind Pläne des Senats bekannt geworden, einen Selbstbehalt zur Freien Heilfürsorge einzuführen. Die Beamtinnen und Beamten der Polizei und der Feuerwehr sollten künftig mit 1,4 % ihrer Bruttobesoldung an ihren Krankheitskosten beteiligt werden, über ein Drittel der jährlichen Krankheitskosten von etwa 1.000 € pro Kopf wären so eingesammelt worden.

Die ver.di-Betriebsgruppe und der Personalrat der Berufsfeuerwehr Bremen haben den Verantwortlichen von Beginn an deutlich gemacht, dass es

falsch ist, Feuerwehrleuten, die mit hohem Engagement und Gefahr für das eigene Leben im Einsatz sind, in das Portemonnaie zu greifen und die Besoldung zu kürzen.

Der Brandschutz in Bremen wird seit Jahren durch fest eingeplante zusätzliche Mehrarbeit sichergestellt. Die Bereitschaft zur freiwilligen Mehrarbeit haben die Kollegen nach Bekanntgabe der Senatspläne reduziert und sowohl dem Amtsleiter als auch dem Innensenator gegenüber deutlich gemacht, dass, soweit keine Gespräche zur Freien Heilfürsorge geführt werden, keine freiwillige Mehrarbeit mehr geleistet werden würde. So durch die Kollegen gestärkt, konnte ver.di und der Personalrat der Feuerwehr in mehreren Gesprächs- bzw. Verhandlungsrunden erreichen, dass es zu

einer Besitzstandswahrung bei der Freien Heilfürsorge für rund 500 Feuerwehrbeamte/innen kommt. Ähnliche Aktionen bei der Polizei führten zu dem selben Ergebnis.

Darüber hinaus wurde Einvernehmen mit dem Innensenator erzielt, dass die Beschäftigtenanzahl der Feuerwehr kurzfristig erheblich erhöht werden muss, um die Überstunden - und damit die notwendige Mehrarbeit - deutlich zu reduzieren.

Um das Problem mittelfristig zu lösen, bedarf es einer Ausbildungs-offensive bei der Feuerwehr.



Arno Dick,
Beamtensekretär
beim
ver.di-Landesbezirk
Niedersachsen-Bremen



Lars
Hartwig,
Vorsitzender des
Personalrats der
Feuerwehr Bremen

Personalkarussell

Ingo Tebje wirbelt jetzt bei ver.di

Ingo Tebje ist seit dem 1. Februar 2013 für ver.di tätig.

Ingo Tebje war seit 2009 im Gesamtpersonalrat freigestelltes Mitglied, seit 2010 stellvertretender Vorsitzender. Sein Heimatbereich war die Universität Bremen, wo er als Elektroniker arbeitete. Ingos Wirkungskreis beim Gesamtpersonalrat reichte von den Auszubildenden und Ausbildungspersonalräten über die früheren Arbeiterinnen und Arbeiter bis hin zum Wissenschaftsbereich. Tatkräftig, ideenreich und erfolgreich hat er sich stark gemacht für die Kolleginnen und Kollegen.

Wir wünschen Ingo weiterhin viel Erfolg bei der Durchsetzung der Interessen der Kolleginnen und Kollegen.



Suchen Sie eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner beim Gesamtpersonalrat?

Schauen Sie auf unsere Homepage www.gpr.bremen.de. Dort finden Sie u. a. die Geschäftsverteilung aller freigestellten Mitglieder unter dem Hauptmenüpunkt „Wir über uns“.

Tolle Verstärkung für ein starkes GPR-Team

Nicoletta Witt ist neue stellvertretende Vorsitzende des Gesamtpersonalrats und Vorstandsmitglied für die Gruppe der ArbeitnehmerInnen. Sie wurde einstimmig gewählt. Herzliche Glückwünsche!

Nicoletta ist seit 2009 freigestelltes Mitglied im Gesamtpersonalrat. Sie kommt vom Landesinstitut für Schule, wo sie als Sachbearbeiterin tätig war. Beim Gesamtpersonalrat ist sie insbesondere zuständig für die Konfliktbewältigung am Arbeitsplatz, Betriebliches Eingliederungsmanagement, Suchtprävention und Schwule und Lesben. Sie kümmert sich auch um die Bereiche Bildung und Wissenschaft, Kultur und Immobilien Bremen.



Kai Mües ist seit dem 1. Februar 2013 freigestelltes Mitglied des Gesamtpersonalrats. Er kommt vom Umweltbetrieb Bremen und hat bislang den Waldfriedhof in Bremen Blumenthal geleitet. Er ist zuständig für den Bereich Ausbildung und die frühere Gruppe der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie für das Ressort Umwelt, Bau und Verkehr.



Irene Purschke ist seit dem 1. Januar 2013 freigestelltes Mitglied beim Gesamtpersonalrat. Sie kommt von KiTa Bremen und hat bislang das Kinder- und Familienzentrum Reepschlägerstraße geleitet. Sie ist insbesondere zuständig für Tarifrecht und Gesundheitsmanagement sowie für KiTa Bremen.



Jutta Sonnemann ist seit dem 1. Januar 2013 zuständig für die wissenschaftliche Beratung in Fragen von Technologie und Organisation beim Gesamtpersonalrat. Sie ist seit 2008 Mitglied des Gesamtpersonalrats. Weiterhin vertritt sie den Gesamtpersonalrat in Fragen der Neuen Technologien.



Aufgeben? - Niemals!

Die Bremer Volkshochschule im Bamberger Haus

Mit mehr als 2.500 Veranstaltungen pro Semester bietet die Bremer Volkshochschule ein vielfältiges Kurs- und Weiterbildungsangebot. Das ganze Programm wird von 84 Kolleginnen und Kollegen geplant und bei der Durchführung unterstützt. Wenn man bedenkt, dass etliche Kolleginnen und Kollegen teilzeitbeschäftigt sind, ist das eine bemerkenswerte Leistung: „Das muss uns erst mal einer nachmachen!“, so die Personalratsvorsitzende Andrea Hansen.

Aber ohne die rund 900 Dozentinnen und Dozenten unterschiedlichster Nationalitäten wäre ein solch vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot gar nicht möglich!

Neben der Zentrale im Bamberger Haus gibt es die Zweigstellen in den Stadtteilen Nord, Süd, West und Ost und der Volkshochschule am Bahnhof.

„Die Bremer Volkshochschule kann sich durchaus mit anderen großstädtischen Volkshochschulen messen. Interessierte aus der gesamten Bundesrepublik und auch über die Grenzen Deutschlands hinaus melden sich zu unseren Kursen an“, erläutert Andrea Hansen.

Schwerpunkte des Kursangebotes sind u. a. die Alphabetisierung, die berufliche Fortbildung, Deutsch als Fremdsprache sowie rund 30 Fremdsprachenkurse wie z. B. Swahili oder Hindi. Die Volkshochschule bietet eine breite Palette an Bildungsurlauben z. B. in den Bereichen EDV, Kunst und Kultur, Gesundheit, Pädagogik, Umwelt und Politik an. Darüber hinaus kooperiert die Volkshochschule mit den unterschiedlichsten Trägern und Einrichtungen.

Die Bremer Volkshochschule ist ein Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen und somit einer dieser Betriebe, die über einen Betriebsausschuss gesteuert werden. Die Volkshochschule unterliegt, genau wie viele andere Betriebe des öffentlichen Dienstes, der Landeshaushaltsordnung und ist trotz des öffentlichen Bildungsauftrages nicht ausreichend fi-



nanziert. Haupteinnahmequelle der Volkshochschule sind die Kursgebühren, die deshalb in den letzten Jahren stetig gestiegen sind.

„Erreichen wir die angestrebten und vorgegebenen Anmeldezahlen nicht, dann wird ein Kurs auch schon mal abgesagt. Das hat dann unmittelbare Konsequenzen für die Dozentinnen und Dozenten. Die Kolleginnen und Kollegen werden in der Regel auf Honorarbasis beschäftigt. Insbesondere aber für diejenigen, die mit den Kursen ihren Lebensunterhalt finanzieren, ist das sehr schwierig“, beschreibt Andrea Hansen die Situation.

Insgesamt muss man sagen, dass die Bremer Volkshochschule durch das Konstrukt „Eigenbetrieb und Wirtschaftlichkeit“ einen schwierigen Spagat leisten muss. Sie ist dem Druck des Konsolidierungskorsetts ausgesetzt, muss aber gleichermaßen den gesetzlichen Auftrag erfüllen, allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe an Bildung zu ermöglichen.

Dennoch: AUFGEBEN? - NIEMALS!

„Aufgeben? - Niemals!“

So lautet der Titel des Films, der 2012 über das Leben der Familie Bamberger gedreht wurde (Buch und Regie: Eike Besuden). Julius Bamberger, geb. 1881, jüdischer Kaufmann, eröffnete 1907 das erste Kaufhaus mit Rolltreppe, von den Bremern liebevoll „Bambüddel“ genannt. Bamberger war ein Kämpfer gegen den Antisemitismus. Er ist dann letztendlich doch vor den Übergriffen der Nazis nach Amerika ausgewandert und dort 1951 verarmt gestorben.

Eine laufende Ausstellung, die von Künstlerinnen und Künstlern über 9 Stockwerke im Treppenhaus des Bambergers installiert wurde, lässt die Lebensgeschichte dieses Kämpfers nicht in Vergessenheit geraten und kann jederzeit besucht werden. Es gibt auch Führungen für Interessierte.

Die Bremer Volkshochschule ist 2007 in das Bamberger Haus gezogen.

Andrea Hansen



Nicoletta Witt

Was macht eigentlich ein Ortsamt ?

Hans-Peter Mester gibt Einblicke in die Arbeit des Ortsamtes

Bremen hat viele Stadtteile. Dort müssen etliche politische Entscheidungen umgesetzt und auch nicht wenige Probleme gelöst werden. Politisch zuständig dafür sind die Stadtteil-Beiräte. Für die Umsetzung der Beiratspolitik im Stadtteil ist das jeweilige Ortsamt zuständig. Aber wie funktioniert eigentlich ein Ortsamt?

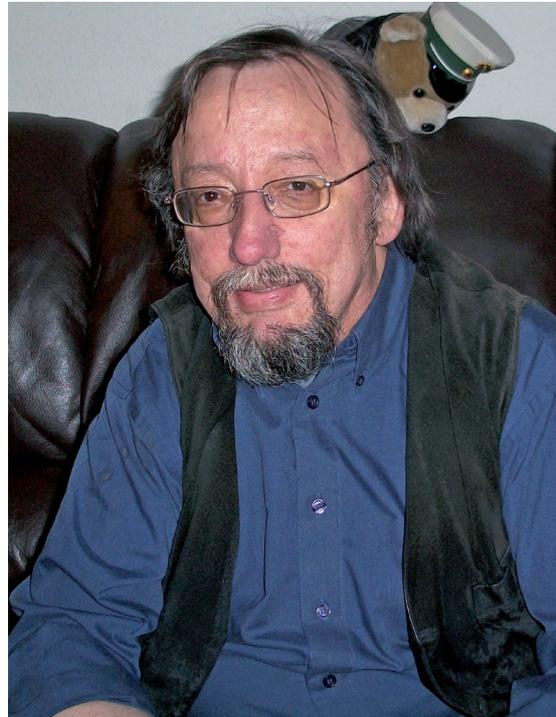
Peter Mester war über 27 Jahre in der Ortsamtsleitung. Er kennt Hinz und Kunz und ist in der Verwaltung des öffentlichen Dienstes in Bremen vielleicht wie kein anderer zuhause. Peter Mester wird jetzt in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Dabei ist er recht „unruhig“, er hat schon mal seinen ersten Krimi geschrieben. Heute hat er sich mit mir getroffen, um für MUMM einige Fragen zu beantworten.

MUMM: Was hat ein Ortsamt mit dem Stadtteilbeirat zu tun?
Peter Mester: Das Ortsamt ist das professionelle Unterstützungssystem für die Beiräte. Beiratsarbeit wird ehrenamtlich geleistet. Das hauptamtliche Team eines Ortsamtes besteht aus wenigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Hier werden die Sitzungen vorbereitet, geleitet und nachbereitet. Die Tagesordnungen werden mit den Gremiensprechern gemeinsam festgelegt, der Sitzungsort samt Technik organisiert und die erforderlichen Behördengäste eingeladen. Leitung und Protokollführung in den Beiratsgremien sind ebenfalls Aufgaben des Ortsamtes. In unserem Ortsamt werden ca. 20 Fachausschüsse koordiniert. Es müssen alle möglichen Unwegsamkeiten für die Beiratsgremien überwunden, Kontakte und Verbindungen hergestellt werden. Das Ortsamt hat grundsätzlich ein umfangreiches Netzwerk zur Verfügung.

MUMM: Wie kommt es zu der engen Beziehung zwischen Ortsamt und Stadtteilbeirat?
Peter Mester: Nun, ganz einfach - Stadtteilbeiräte werden gewählt. Wir Bürgerinnen und Bürger wählen den Beirat immer dann, wenn die Bremische Bürgerschaft gewählt wird. Beiräte verstehen sich als Stadtteilparlamente, auch wenn sie

formalrechtlich Verwaltungsausschüsse sind. Die Mitglieder der Beiräte arbeiten ja ehrenamtlich, sie erhalten lediglich eine Aufwandsentschädigung. Ihre Aufgabe: Einmischen, und zwar überall da, wo es um die Belange ihres Stadtteils geht. Da stehen z. B. Themen aus der Schullandschaft oder der Kinderbetreuung, des Straßenverkehrs, der Stadtplanung oder des Umweltschutzes auf der Tagesordnung. In diesen Arbeitsfeldern gibt es für die Beiräte eine ganze Reihe Beteiligungs- und Entscheidungsrechte. Es fehlen Kindergartenplätze? Die Schulkturnhalle ist sanierungsbedürftig? Verkehrsströme belasten Wohnstraßen? Ein Quartier benötigt neues Planungsrecht? Die Beiräte können sich direkt an die Behördenvertreter wenden oder auch an die Senatoren, wenn nötig. Dies und vieles andere steht zur Debatte. Dabei wird in aller Regel öffentlich und überwiegend in den frühen Abendstunden getagt, sowohl im Beirat als auch in den Ausschüssen, und nicht selten mit viel Emotionen im Gepäck.

MUMM: Und was wird mit den Tagungsergebnissen gemacht?
Peter Mester: Nun kommen die wichtigsten Aufgaben des Ortsamtes. Nach den Sitzungen geht es an die Durchsetzung der Beiratsbeschlüsse gegenüber den Behörden. Da werden Geduld, Beharrlichkeit und Durchsetzungsvermögen benötigt. Man muss die Strukturen und Mechanismen der Behörden kennen, und man sollte einen guten Draht zu örtlichen Abgeordneten und der Lokalpresse haben. Beide sind wichtige Unterstützer der Beiratsarbeit. An der Spitze eines Ortsamtes steht der Ortsamtsleiter bzw. die Ortsamtsleiterin. Sie werden mancherorts auch Stad-



Hans-Peter Mester, langjähriger Leiter des Ortsamtes West, plaudert mit Nicoletta Witt über die Arbeit der Ortsämter

teilbürgermeisterIn genannt, viele Bürgerinnen und Bürger empfinden es auch so. Der Gesetzgeber sieht das Ortsamt mit seiner jeweiligen Leitung als Verwaltungsdienststelle und teilt dem Ortsamt somit ein anderes Rollenspiel zu. Man kann ganz einfach sagen: Die Musik macht der Beirat, das Ortsamt besorgt das Notenmaterial. Der Ortsamtsleiter ist also der Geschäftsführer der Beiräte, und das Ortsamt ist die Geschäftsstelle.

MUMM: Wie viele KollegInnen werden durchschnittlich in einem Ortsamt beschäftigt und für wie viele BürgerInnen ist ein Ortsamt zuständig?

Peter Mester: Das variiert von Ortsamt zu Ortsamt. Im Ortsamt West ist für jeden Stadtteil eine Sachbearbeiterin plus eine Stadtteilassistentin zuständig. Dazu kommt eine halbe Kraft für Verwaltung und Haushalt. Übrigens soll künftig die Stelle der Stadtteilassistentin/des Stadtteilassistenten nur noch mit einer halben Stelle pro Stadtteil besetzt werden. Auch hier wird

wieder Personal eingespart. Für Gröpelingen ist die Einsparmaßnahme bereits vollzogen. Auf der anderen Seite ist das Ortsamt West für fast 90.000 Bürgerinnen und Bürger zuständig. Damit ist der Bremer Westen mit einer Stadt wie Kaiserslautern, Flensburg oder Frankfurt/Oder vergleichbar!

MUMM: Herr Mester, ich habe jetzt sehr viel über das Ortsamt erfahren und ich bedanke mich für das aufschlussreiche Gespräch. Und vielleicht machen Sie ja demnächst eine Lesung ihres Krimis in der Bremer Stadtbibliothek? Dann machen wir uns gerne auf den Weg dorthin.



Nicoletta Witt



Kontaktpolizist Michael Schümann: „Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter unterstützen die unterprivilegierten und hilfebedürftigen Menschen in unserer Stadt. Ich finde es wichtig, dass es sie gibt.“



Sozialarbeiterin Katharina Eggers: „Die Kolleginnen und Kollegen der Finanzverwaltung sorgen für Steuereinnahmen. Durch die Einnahmen können wir gute Arbeit mit Kindern und deren Familien leisten.“



Finanzbeamter Andras Hillmann: „Das Arbeiten mit Akten und mit viel Papier produziert sehr viel Staub. Die Raumpflegerinnen schaffen die Reinlichkeit in den Büros, die das Arbeiten in einer gepflegten Atmosphäre ermöglichen.“

„Ohne die geht’s nicht!“

Das stellen viele Kolleginnen und Kollegen über die anderen Bereiche des öffentlichen Dienstes fest. Alle Aufgaben des öffentlichen Dienstes sind gleichermaßen wichtig für unser Gemeinwesen. Daran arbeiten wir alle gemeinsam - und wir schätzen unsere Arbeit gegenseitig. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen.



Hanna Pigors, Grundschullehrerin: „Ohne die Polizisten geht’s nicht. Unsere Schulkinder brauchen jemanden, der ihnen persönlich zeigt und auch selbst dafür sorgt, wie es sicher und richtig ist - im Straßenverkehr und auch sonst.“



Justizangestellter Malte Naujoks: „Bildung ist die Grundlage für fast alles im Leben. So sind gerade die Lehrerinnen und Lehrer besonders wichtig und spielen eine große Rolle für die Zukunft von Kindern. Eine Welt ohne LehrerInnen möchte ich mir nicht ausmalen.“



Gärtnerin Kirsten Schenck: „Die KollegInnen in den Geschäftsstellen der Gerichte sorgen dafür, dass Gerichtsverfahren ordentlich stattfinden. Ohne sie geht es nicht, sonst wäre der Rechtsstaat in Gefahr.“



Raumpflegerin Celina Thiel: „Ich will mir nicht vorstellen, wie es ohne Feuerwehr wäre. Sie sind sofort zur Stelle, wenn es einen Unfall gegeben hat oder wenn ein Brand gelöscht werden muss.“



Oberbrandmeisterin Ann-Christin Erxleben: „In meiner inaktiven Dienstzeit lese ich gern. Die Bücher leihe ich mir in der Stadtbibliothek aus. Die Bibliothekare sorgen für ein vielfältiges und interessantes Angebot an Lektüre. Das finde ich wichtig.“



Dipl. Bibliothekar Knut Rudolph: „Vermesser schaffen die Grundlage für gutes Kartenmaterial. Radwanderkarten werden in einem guten Maßstab farblich dargestellt. Mit denen fahre ich sicher und auf befahrbaren Wegen - auch hier in Bremen.“



Verwaltungsbeamter Jens Oerke: „Ich finde es gut, dass es einen Waldfriedhof in Bremen gibt. Ohne die Gärtnerinnen und Gärtner, die sich mit Leib und Seele darum kümmern und alles in Schuss halten, geht es aber nicht.“



Erzieherin Cornelia Braeutigam: „Die Beschäftigten in den senatorischen Dienststellen nehmen wichtige Aufgaben für Bremen wahr. Beim Senator für Wirtschaft werden z. B. kleine und mittlere Betriebe gefördert. Durch die Arbeit des Sachbearbeiters werden Dauerarbeitsplätze in Bremen gesichert.“



Vermessungstechnikerin Ulrike Rosahl: „Meine zwei Kinder besuchen die Kita. Dort werden sie professionell von Erzieherinnen betreut. Weil ich meine Kinder gut aufgehoben weiß, kann ich meinem Beruf nachgehen.“



100 Luftballons auf ihrem Weg zum Horizont

Auszubildende stellen ihre Forderungen zur Tarifrunde 2013

100 grüne Luftballons steigen in die Luft. Für den Weltfrieden? Gegen Hungersnöte? Oder für die Befreiung der Mitglieder von Pussy Riot?

Nein. Es geht um unsere Forderungen. Um die Forderungen der Auszubildenden des Aus- und Fortbildungszentrums.

Es ist Nikolaus und in der Aula des Aus- und Fortbildungszentrums treffen sich rund 100 Azubis aus den verschiedensten Berufen und Lehrjahren. Der Ausbildungspersonalrat hat zu dieser Versammlung eingeladen. Großes Thema sind die Tarifverhandlungen im kommenden Jahr. Sascha, ein ver.di-Jugendsekretär, erklärt uns anschaulich den Ablauf einer Tarifrunde.

Um unsere Forderungen deutlich zu machen, sollen wir unsere Forderungen und Wünsche für die Tarifrunde 2013 auf mit Papier bespannte Trennwände schreiben. Hinterher werden diese zusammengetragen und es wird darüber abgestimmt, was uns denn nun eigentlich am Wichtigsten ist. Drei Dinge stehen klar im Vordergrund: mehr Urlaub, Übernahme und mehr Ausbildungsvergütung! Um uns auf die Tarifverhandlungen einzustimmen, werden nun Arbeitsgruppen mit verschiedenen Themen gebildet. Die einen basteln Banner für mögliche Warnstreiks, die anderen simulieren in einem Rollenspiel, wie die Arbeitnehmer- und Arbeitgeber ihre Argumente in Tarifverhandlungen präsentieren. Ich bin bei der „Ballongruppe“. Wir sollen möglichst viele Ballons mit Helium füllen und Forderungen auf kleine Zettel schreiben. Diese werden an den Luftballons befestigt. Was damit hinterher passieren soll, wird uns noch nicht verraten.

Nach einer Mittagspause und der Präsentation aller Gruppenergebnisse, gehen alle nach draußen auf die Rasenfläche zwischen Block B und Block C, und auf Signal lassen alle ihre Luftballons steigen. Unsere Forderungen fliegen in die Luft, sie werden weitergetragen und erreichen hoffentlich einmal ein Ziel. Eine schöne Symbolik da-



für, dass es insbesondere um Zusammenhalt und Gemeinschaft geht, wenn man etwas erreichen will.

Schade, dass nicht alle Azubis daran teilnehmen konnten.

100 Luftballons mit Forderungen der Auszubildenden zur Tarifrunde 2013 suchen ihr Ziel



Julia Priebe ist auszubildende Verwaltungsfachangestellte und absolviert ihre Praxiszeit gerade beim Gesamtpersonalrat

Azubis wollen Geld und Zukunft

100 Euro mehr, Übernahme und Erhalt des Urlaubs

Die Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder steht an. Für Auszubildende fordern die Gewerkschaften 100 € mehr, eine Regelung zur Übernahme und keine Verschlechterung beim Urlaub.

Mehr als 500 Menschen sind in der Ausbildung im bremischen öffentlichen Dienst. Für sie alle, egal ob GärtnerIn, Verwaltungsfachangestellte, ErzieherIn im Anerkennungsjahr, LaborantIn oder MechanikerIn, gilt der Tarifvertrag für Auszubildende der Länder (TVA-L). Dieser ist Ende 2012 gekündigt worden und nun stehen Verhandlungen an.

„Es ist doch überall genug zu tun!“

„Wir wollen mehr Geld und eine Perspektive nach der Ausbildung!“, fordert Monika vom Ausbildungspersonalrat. „Wer

für den öffentlichen Dienst ausgebildet wird, muss auch anschließend im öffentlichen Dienst arbeiten. Es ist doch überall genug zu tun!“

Ver.di-Jugendsekretärin Ulrike Schilling zu den Forderungen: „Wenn Auszubildende nach der Ausbildung übernommen werden, ist das gut für alle. Die jungen Menschen haben eine Chance, sich zu bewähren, die

Menschen in Bremen können sich auch in Zukunft auf eine funktionierende Verwaltung verlassen und Stadt und Land Bremen sichern sich die Fachkräfte von morgen. Mehr Geld ist notwendig, damit die Unterschiede in der Bezahlung zu den Auszubildenden im Bereich der kommunalen und der Bundesverwaltungen wieder geringer werden.“



Kreative Aktion am 11. Februar 2013

Mit einer Aktion haben rund 60 Auszubildende am 11.02. ihre Forderungen unterstrichen. Das Motto war: „Stellt euch vor, es ist Valentinstag und Amor streikt.“ Damit wollten die Auszubildenden ihre Streikbereitschaft andeuten - falls es auch in der zweiten Verhandlungsrunde kein vernünftiges Angebot der Arbeitgeber gibt.



Ulrike Schilling und Sascha Gröters, ver.di-Jugendsekretäre

Lernen gesund zu bleiben

Gesundheitsmanagement für Auszubildende

Wenn die Warteschlangen lang sind, viele Kunden mit schwierigen Schicksalen Hilfe erwarten, müssen SachbearbeiterInnen souverän damit umgehen. Fachkenntnisse allein reichen dazu nicht aus. Auch den Umgang mit belastenden Situationen im Beruf muss man lernen. In der Ausbildung wird darauf bisher wenig Bezug genommen. Dort steht die Vermittlung von Fachkenntnissen im Vordergrund. Mit der Ausbildung startet ein langes Berufsleben, in dem jetzt noch unbekannte Belastungen auf die heutigen Auszubildenden zukommen.

In der Ausbildung und im Berufsleben gesund zu bleiben - dazu will das Projekt Gesundheitsmanagement für Auszubildende beitragen.

Angesichts der Arbeitmarktsituation versuchen die Auszubildenden alles, um gute berufliche Chancen zu erhalten: „Einige Kolleginnen und Kollegen kommen krank zur Arbeit oder in die Verwaltungsschule“,

berichtet Kyra Behrje (Auszubildende zur Verwaltungsfachangestellten und Mitglied des Ausbildungspersonalrats).

Das Projekt Gesundheitsmanagement begleitet vorerst nur die auszubildenden Verwaltungsfachangestellten in den drei Jahren ihrer Ausbildung. Vermittelt werden dabei folgende Inhalte:

- ◇ Ergonomieberatung zur Ausgestaltung des Arbeitsplatzes
- ◇ Informationen über gesundheitliche Risikofaktoren mit individueller Beratung und Betreuung (freiwillig)
- ◇ Training Teamfähigkeit: Vermittlung von Kompetenzen zur Vermeidung von psychischen Belastungen durch soziale Beziehungen, Betriebsklima und Mobbing
- ◇ Umgang mit psychischen Erkrankungen.

Das Aus- und Fortbildungszentrum betreibt die Umsetzung des Projektes Gesundheitsmanagement für Auszubildende und wird dabei unterstützt von

den Fachleuten bei der Senatorin für Finanzen. Der zuständige Ausbildungspersonalrat und der Gesamtpersonalrat sind dabei beteiligt. Grundlage ist die Dienstvereinbarung zum Gesundheitsmanagement.

Susanne Pape, Gesundheitsfachfrau von der Senatorin für Finanzen, begrüßt das Projekt: „Mit Eintritt in die Berufsausbildung verändert sich für Auszubildende die bisherige Lebensgestaltung oft grundlegend. Mit den neuen Erfahrungen am Ausbildungsplatz entwickeln sich nicht nur die Identifikation mit dem gewählten Beruf und die Einstellung zum öffentlichen Dienst als Arbeitgeber, sondern auch der Umgang mit persönlichen Ressourcen und Belastungen. Mit dem Projekt wird frühzeitig das Augenmerk auf die Gesundheitskompetenz der Auszubildenden gerichtet und damit Prävention im besten Sinne geleistet.“

Prävention ist nicht nur angesichts des demographischen Wandels wichtig. Es ist auch

angesichts der zunehmenden psychischen Belastungen in der Arbeitswelt unverzichtbar. Das Projekt Gesundheitsmanagement bietet für Auszubildende und Arbeitgeber gleichermaßen ein Potential für den Erhalt der zukünftigen Beschäftigungsfähigkeit.

Kyra Behrje freut sich, an der Umsetzung mitwirken zu können: „Hoffentlich gibt es möglichst schnell auch für andere Ausbildungsberufe Angebote zur Gesundheitsförderung.“



Kyra Behrje



Karen Vogel-Krawczyk

Wir alle können mal krank werden

Öffentliche Betriebsversammlung der kommunalen Kliniken

Es ist einfach ein gutes Gefühl mit einem Krankenhaus in der Nähe. Die Kolleginnen und Kollegen sind immer für uns da, rund um die Uhr, bei schweren Erkrankungen, aber auch in Notfällen, wenn der Hausarzt oder die Hausärztin nicht erreichbar ist. Die Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern machen unter schwierigen Bedingungen eine gute Arbeit für uns Menschen hier in Bremen. Personal ist Mangelware. Überstunden sind an der Tagesordnung.

„Wir könnten doch eigentlich stolz auf uns sein“, betont Olaf Bullert, Konzernbetriebsratsvorsitzender der Gesundheit Nord gGmbH mit 8.000 Beschäftigten. Leider ist die finanzielle Situation des Klinikverbundes alles andere als rosig. Zwei der Kliniken stehen sogar kurz vor der Insolvenz. Die Kolleginnen und Kollegen fürchten um ihre Arbeitsplätze.

An die 1000 Kolleginnen und Kollegen der Gesundheit Nord gGmbH haben daher am 17. Januar 2013 an einer gemeinsamen, von den Betriebsräten eingeladenen öffentlichen Betriebsversammlung vor dem Rathaus teilgenommen. Sie forderten eine ausreichende finanzielle Eigenkapital-Absicherung der städtischen Kliniken. Bürgermeister Jens Böhrnsen, der Senator für Gesundheit Dr. Hermann Schulte-Sasse und der Staatsrat Peter Härtl sprachen zu den Kolleginnen und Kollegen. Sie schlossen einen Verkauf aus und betonten, dass der Senat zu den kommunalen Kliniken und deren Beschäftigten stehe. Sie sicherten eine kurzfristige Unterstützung durch Erhöhung des Eigenkapitals auf 10 Mio. Euro zu.

Die städtischen Kliniken gehören zu den Eckpfeilern für eine gute und stadtteilbezogene Gesundheitsversorgung

in Bremen. Uwe Schmidt von ver.di wies auf den Unterschied zu den Freien Kliniken hin: „Nur die städtischen Kliniken sichern die Gesundheitsversorgung in der vollen Breite ab. Sie können daher nicht so lukrativ wie die freien Kliniken arbeiten, die sich eher die Rosinen der Gesundheitsversorgung rauspicken.“

Olaf Bullert verdeutlichte die Bedeutung der städtischen Kliniken: „Wir versorgten 2011 im Lande Bremen und für das gesamte Bremer Umland 121.869 Patientinnen und Patienten. Wir sind 24 Stunden an 365 Tagen im Dienst und nehmen jede Herausforderung und jeden Patienten (auch den mit Fußpilz) ernst.“

Das zeigt: Ohne sie geht's nicht. Eine ausreichende finanzielle Absicherung der vier Kliniken und gute Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen sind auch in unserem Interesse.

Bis 2004 gehörten die Kliniken der Gesundheit Nord gGmbH (Nord, Mitte, Ost und Links der Weser) noch zum öffentlichen Dienst. Dann wurden sie in kommunale Gesellschaften unter dem Dach der Gesundheit Nord gGmbH umgewandelt. Dabei wurden die Kliniken allerdings mit zu wenig Eigenkapital ausgestattet.



Doris Hülsmeier

Rentenkürzungen - sozial gerecht?

Die Lebensarbeitszeit wurde von 65 auf 67 Jahre verlängert. Gleichzeitig werden die Renten immer weiter gekürzt. Als „Lockmittel“ für die ArbeitnehmerInnen sollen Rentenbeitragsenkungen dienen. All das geschieht unter dem Vorwand, die junge Generation solle entlastet werden und es ginge nicht anders. Stimmt das überhaupt?

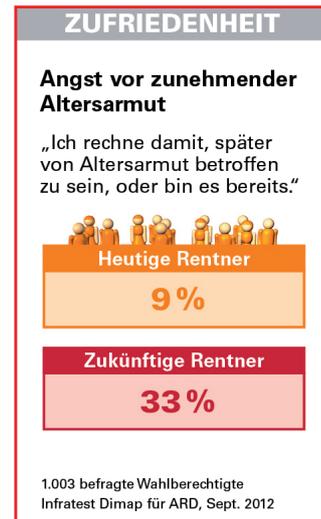
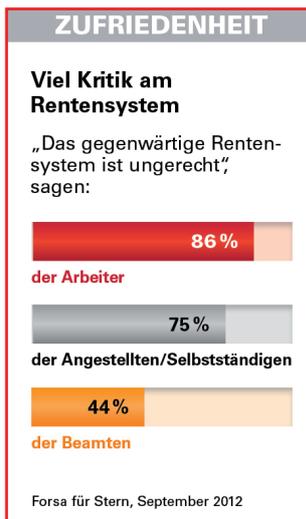
Fakt ist: Die jungen ArbeitnehmerInnen werden möglicherweise jetzt um 6 bis 7 Euro/Monat entlastet. Jedoch erhalten sie im Alter dann oft nur Armutsrenten unterhalb des Grundsicherungsbedarfs (Hartz IV).

Eine Seite profitiert jedoch tatsächlich von Rentenbeitragsenkungen: die Arbeitgeber! Sie sparen dadurch mehrere Milliarden Euro! Diese fehlenden Milliarden sollen dann die SteuerzahlerInnen durch die zusätzliche Grundsicherung von ArmutsrentnerInnen wieder ausgleichen.

Deshalb sind 65 % der Bevölkerung gegen eine Absenkung der Rentenbeiträge und Kürzung der Renten.

Rentenbeitragsenkungen zugunsten der Arbeitgeber und Renten Kürzungen zulasten der Beschäftigten - ist das sozial gerecht?

Fakt ist auch: Es geht anders. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat ein Modell vorgelegt, bei dem die bisherigen Rentenbeiträge beibehalten bzw. im Laufe der Jahre nur geringfügig erhöht werden. Das erhöht die Reserven der Rentenversicherung deutlich und die Rentenansprüche bleiben dadurch weitgehend erhalten - und zwar ab 65 Jahren! Informationen zur Rente und zum Rentenkonzept des DGB unter: www.ichwillrente.net.



Grafiken-Quelle: Böckler-Impuls 2012, Hefte 16 und 18, Trend-Tableau Seite 8



Hajo Kuckero

Rest-Cent-Aktion feierte Geburtstag

10 Jahre freiwillige Spendenaktion - Neue Projekte in 2013

Mit einem kleinen Betrag Gutes tun und ganz viel bewirken - das geht? Ja, das geht - mit der Teilnahme am Rest-Cent-Projekt der Beschäftigten im bremischen öffentlichen Dienst.

Für 2013 hat der Vergabeausschuss entschieden, dass die folgenden drei Projekte mit den Rest-Cent-Mitteln unterstützt werden sollen:

Mate ni kani

Der Bremer Verein engagiert sich in Niger für Aktivitäten, die der kulturellen Breitenbildung dienen. Mate ni kani e. V. arbeitet mit Initiativen zur Förderung der muttersprachlichen Kinder- und Jugendliteratur in den fünf wichtigsten Nationalsprachen des Landes zusammen. Mit einer Teilförderung durch Rest-Cent wurde im August 2012 unter dem Titel „Jamais trop vieux pour gagner“ (Nie zu alt um zu gewinnen) das erste zweisprachige Kinderbuch in Niger herausgegeben. Die originell illustrierte Geschichte versetzt die „Bremer Stadtmusikanten“ in den Niger. Die Geschichte wurde in 4 Landessprachen (Muttersprachen) übersetzt. Die Ausgabe, die mit Unterstützung von Rest-Cent realisiert wurde, ist die zweisprachige Fassung französisch/Tamaschek, die Sprache der Tu-



areg. Ende August 2012 (nach der Ferienzeit) wurden die Ausgaben in den entsprechenden Regionen schulnah bzw. in die

ländlichen Büchereien verteilt und vorgestellt.

Kindergarten in Diani

2003 wurde der Kindergarten in Diani (KiD) gegründet. In einem stabilen sozialen Umfeld werden die Kinder hier erstmals in der Amtssprache Englisch unterrichtet. Sie erhalten regelmäßige Mahlzeiten und werden medizinisch versorgt. In den vergangenen Jahren wurde hierfür ein Kindergartengebäude und sanitäre Anlagen errichtet. Ein eigenes Grundstück für den Anbau von Obst und Gemüse für den Eigenbedarf wurde gekauft.

Mit dem 7. Lebensjahr beginnt die Schulpflicht. Es wurde auch ein Schulgebäude gebaut. Zwei Klassen wurden eingerichtet. 43 Kinder lernen jetzt in der KiD-Schule.

Durch die Schule ist die Zahl der Kinder gewachsen. Derzeit werden insgesamt 120 Kinder versorgt. Da der bisherige Essensplatz zu klein ist, müssen die Kinder in mehreren Schichten essen. Mit Rest-Cent soll eine Erweiterung des Essensplatzes (Fundament, Wände, Dach) unterstützt werden.

Bodenverbesserung in Namibia

Der Bremer Verein PSI* widmet sich einem Bodenverbesserungsprogramm im Norden Namibias. Die dortigen BewohnerInnen sind konfrontiert mit magerem und sandigem Boden und extremen Wetterbedingungen. Zum größten Teil handelt es sich um alleinstehende Bäuerinnen mit Kindern. Mit einer speziellen Methode soll der Boden für einen fruchtbaren Anbau verbessert werden. Dazu sind angerührte, effektive Mikroorganismen und Grünabfall notwendig, die mit Planen abgedeckt und zum Fermentieren gebracht werden. Dabei unterstützen Multiplikatoren die Bauern und Bäuerinnen. Sie bringen auch alle benötigten Zutaten für die Bodenverbesserungen mit. Der Verein hat bereits ein Versuchsfeld ange-

legt, um die Entwicklung des Bodens zu überprüfen, den PH-Wert zu bestimmen und die richtige Mischung herauszufinden. Rest-Cent unterstützt bei der Ausbildung und Bezahlung der Multiplikatoren und bei der Beschaffung der Zutaten der Bodenverbesserung.

Wir sind dabei - bitte weitersagen!

Momentan beteiligen sich rund 4.000 Kolleginnen und Kollegen des bremischen öffentlichen Dienstes und der kommunalen Kliniken und viele VersorgungsempfängerInnen an der Rest-Cent-Aktion. Zehn Jahre gibt es diese freiwillige Spendenaktion jetzt. Die Hilfe kommt unmittelbar ohne Abzug bei den Projekten an.

Aktuelle Informationen gibt es in Flyern, Rundschreiben, der MUMM und auch auf der Internetseite (www.gpr.bremen.de/restcent).

Manch ein Kollege, manch eine Kollegin hat von der Aktion noch nie etwas gehört. Nichts ist so effektiv wie Mundpropaganda. Deshalb lautet der Slogan der Rest-Cent-Aktion: Wir sind dabei - bitte weitersagen!



Doris Hülsmeier



Elke Kosmal-Vöge

*Praktische Solidarität International

SozialpädagogInnen bauen Brücken

„Ohne Hilfe hätte ich es nicht geschafft!“

Güley ist 17 Jahre alt, sie kommt aus Rousel in Bulgarien. Güley ist seit 1¼ Jahren in Bremen, und sie besucht die All-gemeine Berufsschule am Stefensweg (ABS).

Als sie in Bremen ankam, konnte sie kein Wort Deutsch. Güley sieht in einem Schulabschluss ihre Zukunftsperspektiven. Deshalb besucht Güley gegenwärtig die ABS und lernt fleißig Deutsch. In der ABS erfährt sie neben dem Regelunterricht ebenfalls große Unterstützung durch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen.

Güley: „Ich möchte gerne in Bremen leben und hier eine Ausbildung zur Krankenschwester oder Friseurin machen. Ich wüsste nicht, wie ich es ohne die SozialpädagogInnen der Schule schaffen könnte, überhaupt nur einen Praktikumsplatz zu finden. Frau Kara hat mich dabei unterstützt, einen Praktikumsplatz in einem Friseursalon zu finden. Dort hat es mir sehr gut gefallen.“

Sebnem Kara, Sozialpädagogin an der ABS: „Einzelberatungen stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit. Die Schülerinnen und Schüler kommen mit ihren persönlichen bzw. familiären aber auch mit rechtlichen Fragen zu uns. Wir versuchen, mit ihnen Lösungswege zu finden oder leiten sie an kompetente Stellen weiter. Oft ist es die Suche nach einer persönlichen Nähe, um über eigene Probleme zu sprechen. Denn aufgrund ihrer finanziellen und kulturellen Situationen haben diese Schülerinnen und Schüler so gut wie keine Kontakte außerhalb der Schule.“

Die Probleme dieser Jugendlichen sind oft darauf zurückzuführen, dass sie in einem vorangeschrittenen Alter nach Deutschland eingereist und der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Neben der Entwurzelung aus ihren Familien bzw. Verwandten in ihren Heimatländern gibt es bei diesen Schülerinnen und Schülern eine hohe Unsicherheit über die Zukunft ihres Lebens in Deutschland.

Dazu kommen leider die traumatischen Erlebnisse aus ihren Herkunftsländern, von denen sie sich nicht ohne weiteres lösen können.“

SozialpädagogInnen unterstützen diese Jugendlichen weit über den normalen Unterricht hinaus. Sie bieten z. B. Sprachförderung und Sozialtraining an oder helfen bei der Wohnungs- und Praktikumsuche und bei der Berufswahl. Außerdem benötigen junge Flüchtlinge besondere Unterstützung bei familiären Problemen und der Bewältigung des Alltags in einer für sie fremden Gesellschaft.

Die stellvertretende Schulleiterin Erika Bosecker betont: „Alle Bildungseinrichtungen sind auf sozialpädagogisches Fachpersonal angewiesen. Für diese Bereiche ist Kontinuität eine sehr wichtige Arbeitsgrundlage. Jugendliche brauchen nicht nur den Unterricht, sondern individuelle Unterstützung bei vielfältigen Problemen. Sozialpädagogische Begleitung hilft den Jugendlichen, ihr Potenzial zu nutzen, so dass sie ihren Platz auf dem Ausbildungsmarkt und in der Gesellschaft finden können.“

Ohne sozialpädagogische Begleitung und Schulsozialarbeit

kann das nicht funktionieren! Für die Jugendlichen ist Kontinuität und Verlässlichkeit in der Schulsozialarbeit ein wichtiger Baustein zur Teilhabe an Bildung.

Allerdings darf „Teilhabe an Bildung“ für Jugendliche nicht mit prekären Beschäftigungsverhältnissen der SozialpädagogInnen und SchulsozialarbeiterInnen erreicht werden.



Nicoletta Witt



stellv. Schulleiterin Erika Bosecker mit Schülerin Güley und Sozialpädagogin Sebnem Kara (v. r. n. l.)

Schulsozialarbeit in Bremen - was geht mich das an?

Qualifizierte Unterstützung hilft bei Problemen

Kein Geschenk, sondern pure Notwendigkeit sind die rund 50 zusätzlichen SchulsozialarbeiterInnen, die 2012 über das „Bildungs- und Teilhabe-Paket“ eingestellt wurden.

Die neuen KollegInnen an den Bremer Schulen werden dringend gebraucht. Sie leisten individuelle und soziale Unterstützung für Kinder und Jugendliche innerhalb und über die Schule hinaus. Die ErzieherInnen, SozialpädagogInnen und Lehrkräfte sind auf die qualifizierte Hilfe der SchulsozialarbeiterInnen angewiesen. So kann die Schule sich noch besser mit dem Stadtteil und den sozialen Einrichtungen vernetzen. Viele mögliche Konflikte und Probleme werden vermieden oder verringert. Schulsozialarbeit ist also im Interesse der gesamten Gesellschaft.

Die neuen SchulsozialarbeiterInnen sind dementsprechend auch schon voll in die Arbeit eingestiegen. Jedoch zeigt sich bei näherem Hinsehen auch, dass die Arbeitsbedingungen noch verbesserungsbedürftig sind - dies ergab der Austausch beim 2. Bremer Fachtag Schulsozialarbeit und bei der ersten Personalversammlung der Schulsozialarbeiter und -sozialarbeiterinnen im Februar 2013.

Arbeitsbedingungen der SchulsozialarbeiterInnen

Das wurde u. a. kritisiert:

- ◇ Die SchulsozialarbeiterInnen sind in der Regel nur befristet bis Ende 2013 eingestellt - und das noch nicht einmal bei der zuständigen Bildungsbehörde sondern bei anderen Trägern. Das ist sicher keine verlässliche Arbeitsperspektive und ist sowohl für die SchulsozialarbeiterInnen als auch für die Kinder und Jugendlichen und die Schulen mit großer Unsicherheit hinsichtlich Finanzierung und Kontinuität verbunden.
- ◇ Es fehlt noch ein gemeinsames Konzept und eine entsprechende Aufgaben-

beschreibung für die eigenständige sozialpädagogische Arbeit und gleichberechtigte Kooperation in der Schule.

- ◇ Für eine qualifizierte Schulsozialarbeit werden darüber hinaus koordinierte regelmäßige Fortbildungs-, Supervisions- und Unterstützungsangebote für die KollegInnen benötigt.
- ◇ Außerdem wurden ausreichende räumliche und materielle Rahmenbedingungen für die Schulsozialarbeit gefordert.

Kurz gesagt

Schulsozialarbeit ist wichtig und notwendig nicht nur für die Benachteiligten in unserer Gesellschaft! Aber: Schulsozialarbeit benötigt auch vernünftige Rahmenbedingungen und vor allem faire Arbeitsbedingungen. Befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit gehören nicht dazu.

Hier bleibt noch einiges zu tun!



Hajo Kuckero

Was macht ein Schulsozialarbeiter/eine Schulsozialarbeiterin?

- ◇ Übungen zum „Sozialen Lernen/Sozialtraining“ mit Gruppen oder Klassen
- ◇ individuelle Beratung und Unterstützung einzelner Kinder oder Jugendlicher mit besonderen Problemen
- ◇ Unterstützung der sozialen Entwicklung und Integration von Kindern und Jugendlichen
- ◇ Angebote mit freien und gelenkten Spielen
- ◇ jungen- und Mädchenspezifische Angebote
- ◇ Beratung von Lehrkräften
- ◇ individuelle und soziale Konfliktlösungen und Präventionsmaßnahmen
- ◇ Hilfe bei außerschulischen und familiären Problemen, Berufsorientierung und Lebensplanung
- ◇ Anti-Mobbing-Arbeit
- ◇ Kooperation mit anderen sozialen Diensten
- ◇ und vieles mehr je nach Schulstufe und sozialem Umfeld

Leserbrief zum Artikel „Kann denn Kuchen Sünde sein?“ (MUMM 3-2012)

Ergänzend zu dem Artikel möchte ich darauf aufmerksam machen, dass es in den einzelnen Dienststellen Antikorruptionsbeauftragte gibt, die zur Unterstützung der Beschäftigten beratend tätig sind und bei Bedarf zeitnah angesprochen werden sollten.

Die Dezentralität der präventiven Antikorruptionsarbeit liegt nicht zuletzt im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der jeweiligen Ressorts. Gerade bei Grauzonen können Einschätzungen von Ressort zu Ressort - und auch aufgabenbezogen - sehr verschieden sein. Neben der regulären Genehmigung, Ablehnung oder Kenntnisnahme durch den Dienstvorgesetzten kann nur die Beratung durch den eigenen Antikorruptionsbeauftragten die Kolleginnen und Kollegen bei der Frage der Annahme von Belohnungen und Geschenken wirklich vor möglichen Sankti-

onen schützen. Die ZAKS kann dies nicht leisten, denn hier gilt das Ressortprinzip.

Es ist zudem gerade für die Ressorts wichtig zu erfahren, welche ihrer GesprächspartnerInnen vielleicht wiederholt versuchen, das Meinungsbild über sie durch persönliche Gaben möglicherweise positiv zu beeinflussen.

Darüber hinaus sind die Antikorruptionsbeauftragten auch vertrauliche GesprächspartnerInnen, wenn Beschäftigte ein ungutes Gefühl bei Vorgängen haben. Als Teil der Behörde haben sie oft die bessere Einsicht in Vorgänge und Abläufe und können einzelne Vorkommnisse und Wahrnehmungen besser einschätzen helfen, wenn es keine klare Sachlage gibt.

Marion Beier, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

mobile connection

„Hast du eigentlich auch schon eins?“

„... sollten spätestens Ende Januar bremsertzpüojke097bn.“

Hier bricht die E-Mail des Kollegen ab, der mir aus dem Weihnachtsurlaub noch ein paar Verfahrensvorschläge unterbreiten wollte.

Wunderbar, welche Möglichkeiten die neuen Technologien uns heute eröffnen. Dem mobilen Arbeiten gehört die Zukunft. Der Arbeitgeber hat das

so richtig urlaubsreif wurde. Jetzt kann man die Sache entspannter angehen und die Reste einfach mit dem mobilen Gerät mit auf Reisen nehmen. Vorbei sind die Zeiten, in denen durch krankheitsbedingte Abwesenheit einzelner Beteiligter ganze Projekte ins Stocken gerieten und die Arbeitsplanung aller anderen über den Haufen geworfen wurde. Nicht

zurück. Der Absender der abgebrochenen E-Mail twitterte: „Bitte nicht anrufen. Kann nicht sprechen. Schmerzen überall! Bin in Notaufnahme. Unfall beim Schlittenfahren. Timo wohlauf!“



Burkhard Winsemann



Noch haben sie gut lachen. Doch der jederzeitige Gebrauch moderner Kommunikationsmittel kann böse Folgen haben.

erkannt und stattet, nach zur Zeit noch uneinheitlichen Wichtigkeitskriterien, immer mehr MitarbeiterInnen mit Tablet-PC - sogenannte elektronische Schneidbretter** - aus. Immer häufiger hört man auf den Fluren von Ämtern und senatorischen Dienststellen Getuschel, wer jetzt wieder eins gekriegt hat. Oder auch die herausfordernde Frage: „Hast Du eigentlich auch schon eins?“

Vorbei sind bald die Zeiten, da man durch die letzten drei Tage vor dem Urlaub erst

zuletzt können auch die Schläge der rotierenden Personallöcher (MUMM 2-2010) erheblich gedämpft werden, wenn ein Kollege, der gerade anderweitig eine Lücke füllt, am Wochenende das Loch ausfüllen kann, das er hinterlassen hat.

Drei geschlagene Stunden sinnierte ich über die fantastische Zukunft des durch und durch mobilen öffentlichen Dienstes, den Neujahrsempfang habe ich darüber glatt verpasst. Dann holte mich das Piepen meines Handys in die Realität

** <http://www.youtube.com/watch?v=TtXWWRyJLPw>